

Vorblatt zum Frühwarndokument

Vorhaben:	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem und der Richtlinie 2008/118/EG über das allgemeine Verbrauchsteuersystem in Bezug auf Verteidigungsanstrengungen im Rahmen der Union
KOM-Nr.:	COM(2019) 192 final
BR-Drucksache:	195/19
Federführendes Ressort/Aktenzeichen:	FM
Zielsetzung:	Angleichung der mehrwertsteuerlichen und verbrauchsteuerlichen Behandlung der im Rahmen der EU unternommenen Anstrengungen im Verteidigungsbereich mit der Behandlung der vergleichbaren Anstrengungen im Rahmen der NATO.
Wesentlicher Inhalt:	<p>Einführung einer MWSt-Befreiung für Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen,</p> <ul style="list-style-type: none"> - die zum Gebrauch oder Verbrauch durch Streitkräfte eines Mitgliedsstaates bestimmt sind, - wenn diese Streitkräfte einer Verteidigungsanstrengung außerhalb des Hoheitsgebietes ihres eigenen Mitgliedstaates dienen, - die zur Durchführung einer Tätigkeit der Union im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) unternommen wird. <p>Einführung einer Verbrauchsteuerbefreiung für verbrauchsteuerpflichtige Waren,</p> <ul style="list-style-type: none"> - die für den Gebrauch oder Verbrauch durch Streitkräfte eines anderen Mitgliedsstaates als des Mitgliedsstaates, in dessen Hoheitsgebiet der Steueranspruch entsteht, bestimmt sind, - wenn diese Streitkräfte einer Verteidigungsanstrengung außerhalb des Hoheitsgebietes ihres eigenen Mitgliedstaates dienen, - die zur Durchführung einer Tätigkeit der

	Union im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) unternommen wird.
Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):	Keine Bedenken
Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?:	Besondere Interessen des Landes sind derzeit nicht absehbar
Zeitplan für die Behandlung: a) Bundesrat b) Rat: c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc.	a) Ausschussbefassung (EU – Fz – V – Wi) 20.-24.05., Plenum vorauss. 07.06.